



Studie „Erfahrungen mit Gewalt und Mehrfachdiskriminierung von lesbischen/bisexuellen Frauen und Trans*“

- Erste Ergebnisse -

Projektleitung der Auswertung: Prof. Dr. María do Mar Castro Varela (ASH, Berlin)

Projektteam: Gisela Ott-Gerlach/Ute Koop (quantitative Erhebung)
Lisa Thaler/Sabine Mohamed (qualitative Untersuchung)

Berlin, den 14.06.2012

„...trotz LPartG und Antidiskriminierungsgesetzen hat sich scheinbar vieles immer noch nicht geändert...“

„Endlich mal ein Versuch [...] das Thema Diskriminierung und Gewalt intersektional zu betrachten und eine Öffentlichkeit dafür herzustellen“
[Kommentare zu den Fragebögen]

Ausgangsfragen

Die Untersuchung soll die Beschreibung der Situation von lesbischen/bisexuellen Frauen und Trans* Menschen im Zusammenhang von Gewalt- und Diskriminierung ermöglichen wie der Untersuchung der Intersektion von Erfahrungen entlang verschiedener Linien gesellschaftlicher Ein- und Ausschlüsse dienen. Darüber hinaus liefert sie Daten, die Empfehlungen an spezifische Beratungs- und Unterstützungsangeboten zu formulieren helfen.

Zur Beantwortung der Fragestellungen werden qualitative und quantitative Methoden kombiniert. Die hier dargestellten ersten Ergebnisse stammen aus der Auswertung einer Fragebogenerhebung, die zwischen August und November 2010 sowohl online als auch mittels Papierbögen durchgeführt wurde.

Grundgesamtheit

2.143 Fragebögen (davon 660 Papierfragebögen) konnten ausgewertet werden. Sie wurden komplett und korrekt ausgefüllt. Die Teilnehmenden sind im Durchschnitt 33 Jahre jung. Die_jüngste Teilnehmende war 14 die_der älteste 74 Jahre alt. 27,3% der Fragebögen wurden von Berliner_innen ausgefüllt. 48,1% leben in einer Beziehung. 32,1% bezeichnen sich als Single bzw. als alleinlebend. Verpartnert sind lediglich 9,0%. Nur 14,7% leben gemeinsam mit Kindern. Die meisten Teilnehmer_innen (63,2%) haben Abitur oder eine fachgebundene Hochschulreife. 45,9% verfügen über einen Hochschulabschluss und 28,3% haben einen betrieblichen Berufsabschluss erworben und 15,3% haben eine schulische Berufsausbildung absolviert. Die meisten Teilnehmenden leben in Metropolen und Großstädten (65,6%) und 92,9% haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Lediglich 92 Personen geben an, selbst nach Deutschland migriert zu sein (4,3%). Allerdings geben 16,9% an, eine familiäre Migrationsgeschichte zu haben.

Ergebnisse

a) Zurückweisung von klaren Zugehörigkeiten

70,8% geben als ihre sexuelle Lebensweise/Orientierung „lesbisch“ an (9,2% bisexuell), allerdings stimmen nur 52,9% der Aussage „Ich bin lesbisch“ zu. Und obschon 83,9% sich als „Frau“ bezeichnen, geben nur 58,8% an, sie würden sich als „weiblich“ bezeichnen. Dies beweist die in der Theorie viel diskutierte Unterscheidung zwischen „sex“ und „gender“, aber auch die Differenz zwischen „Identität“ und „(Lebens-)Praxen“ [Bsp.: „Eine Frau zu lieben“ bedeutet nicht sogleich sich als „lesbisch“ zu verstehen und es ist möglich sich als „Frau“, aber nicht als „weiblich“ zu bezeichnen]. 14,2% bezeichnen sich als „intersexuell“, „polygender“, „transsexuell“, „Mann“, „auf der Suche“, „transident“ oder als „Trans*“.

In diesen Zusammenhang ist auch die Tatsache interessant, dass es auf die offene Frage nach den Selbstbezeichnungen bzgl. national/ethnisch/kultureller Zugehörigkeit sehr viele und sehr vielfältige und differenzierte Antworten gab. Dies weist auf eine hoch reflektierte Teilnehmendengruppe hin, ist aber auch ein Indiz für das Erodieren und/oder der Zurückweisung klarer Zugehörigkeiten [These: „Je verletzlicher die soziale Positionierung, desto ausdifferenzierter die Selbstbezeichnungen“]. Sehr viele Teilnehmende stellten Kategorisierungen generell infrage und kommentierten dies, wenn immer der Fragebogen dies zuließ. [Bsp.: „pfeif ich drauf“; „eine solche Definition nehme ich nicht vor“ etc.].

b) Prävalenz von Diskriminierungserfahrungen

Die Untersuchung kann nicht nur erneut, die im politischen Diskurs oft infragegestellte Diskriminierungsrealität(en) von Menschen mit non-normativen sexuellen Lebensweisen und Gender, nachweisen, sondern gewährt auch einen differenzierten Einblick in Diskriminierungserfahrungen von unterschiedlich sozial positionierten Menschen.

Lediglich 48,7% geben an, dass ihr selbstbestimmtes Geschlecht immer klar erkannt wird. Befragt danach, wie dies in lesbischen/bisexuellen Kreisen wäre, geben 67,8% an, dass das selbstbestimmte Geschlecht in diesen Kontexten klar erkannt wird. Dies ist ein Indiz dafür, dass lesbische/bisexuelle Räume nicht an Bedeutung verloren haben, scheint an diesen Orten eine Abweichung von Gendernormen zumindest weniger häufig negative Konsequenzen mit sich zu bringen. Diskriminierungen gehören für Menschen die ihre Lebensweise als „lesbisch oder bisexuell“ beschreiben oder die sich als Trans* bezeichnen nach wie vor zu den Alltagserfahrungen. Im Zusammenhang mit der lesbisch/bisexuellen Lebensweise geben etwa 30,7% der Teilnehmenden an, mindestens einmal am Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz gemobbt worden zu sein und 59,2% geben an, dass Diskriminierungen hier weit verbreitet sind. 72,6% der Teilnehmenden geben an, dass ihre Leistungen im Bildungsbereich aufgrund ihrer lesbischen/bisexuellen Lebensweise vergleichsweise schlechter bewertet wurden und 96,9% glauben, dass eine Aufklärung über vielfältige sexuelle Orientierungen/Lebensweisen im Bildungsbereich dringend vonnöten ist.

26,8% der Studienteilnehmer_innen geben an, dass eine lesbische/bisexuelle Lebensweise negative Auswirkungen auf die Chancen hat, von der Polizei geschützt zu werden. Im Gesundheitsbereich geben etwa 20% an vom medizinischen Fachpersonal respektlos behandelt worden zu sein und 30% geben an die Erfahrungen gemacht zu haben, als heterosexuell angesprochen worden zu sein, obschon ihre lesbisch/bisexuelle Lebensweise bekannt war. In Ämtern/Behörden wie auch im Freizeit- und Dienstleistungsbereich werden vergleichsweise weniger Diskriminierungserfahrungen angegeben.

Durchgehend wurden als weitere Diskriminierungsgründe v. a. die „scheinbare Nicht-Übereinstimmung der Art (Kleidung, Gestik etc.) mit der gesellschaftlichen Vorstellung der Geschlechterrolle“ (im Bildungsbereich immerhin 35,7%) und das „Frausein“ angegeben. Besonders der Arbeits- und Bildungsbereich scheint mit Diskriminierungen auf Abweichung von normativen Gendervorstellungen zu reagieren und auch Sexismus wird in diesen Bereichen besonders häufig erfahren. Es kann hier von einer hohen „Diskriminierungsbelastung“ gesprochen werden – insbesondere wenn berücksichtigt wird, dass „Ausbildung und „Beruf“ die Bereiche sind, an denen Menschen (soweit sie in Ausbildung oder berufstätig sind) die meiste Zeit ihres Tages verbringen.

C) Mehrfachzugehörigkeiten: größere Verletzlichkeit und Gewalterfahrungen vs. Zuwachs an Handlungsmacht

Die Items, die explizit Mehrfachdiskriminierung erfassen, werden zurzeit noch genauer bearbeitet. Bereits jetzt können wir sagen, dass etwa 50% der Studienteilnehmer_innen angibt von „Mehrfachdiskriminierung“ betroffen zu sein. Wenn eine „Mehrfachdiskriminierung“ angenommen wird, verschieben sich interessanterweise die „Orte“ der Diskriminierung: So geben von 1181 Teilnehmenden 78,2% an, aufgrund von „Mehrfachzugehörigkeiten“ in der Öffentlichkeit mindestens einmal diskriminiert worden zu sein [Zum Vergleich nur 50,3% aller Befragten der Studie gibt an, in der Öffentlichkeit oft benachteiligt zu werden]. 49% geben an, mindestens einmal im Bildungs- und Ausbildungsbereich diskriminiert worden zu sein und 52,2% haben die Erfahrung gemacht, mindest einmal in der Familie/Verwandtschaft diskriminiert worden zu sein (28,3% mehrmals und 12,2% regelmäßig). Die „Familie“ als Ort, der „Schutz“ gewährt und des „Rückzugs“ wird hier erneut infragegestellt. Und die „Öffentlichkeit“ (wozu auch der Freizeitbereich zählt) wirkt längst nicht mehr so sicher, wie dies bei der Auswertung aller Fragebögen noch aussah. Zudem stimmen 56,2% der 1081 Befragten, die das Item beantwortet haben, der Aussage zu, dass das Zusammenspiel der verschiedenen Diskriminierungen es schwer macht sich zu wehren, weil nicht immer klar erkennbar ist gegen was. Allerdings stimmen 65,3% auch der Aussage zu, dass eine Mehrfachzugehörigkeit ihnen die Möglichkeit bietet, alternative Umgangsweisen mit Diskriminierungen zu entwickeln.

In der Tendenz wird sichtbar, dass Diskriminierungserfahrungen zunehmen, wenn nur die befragt werden, die von sich selber sagen, „aus mehreren Gründen diskriminiert“ zu werden. Es geht damit jedoch auch potentiell ein Zuwachs an Handlungsmacht einher. Die qualitative Untersuchung wird hier genauere Ergebnisse zu Tage fördern und diese Ambivalenz beleuchten helfen.

Fragen, die sich direkt an „rassistisch markierte“ Menschen (Diskriminierung aufgrund „Hautfarbe/Haare“, „(angeblich) nationale/ethnische/kulturelle Zugehörigkeit“ oder „(angebliche) Migrationsgeschichte“) richteten, wurden von durchschnittlich 752 Teilnehmenden beantwortet. Hier geben 443 von 812 Personen (54,6%) an, dass ihnen mindestens einmal schon unterstellt wurde, dass sie nicht „richtig“ lesbisch/bisexuell sein könnten und 371 von 780 Personen (47,6%) geben an, dass die Echtheit ihres geschlechtlichen Selbstverständnisses mindestens einmal schon angezweifelt wurde. Dies kann als Konsequenz eines Diskurses gelesen werden, der lesbisch/bisexuellen Lebensweisen als „modern“ und „westlich“ setzt und die „Anderen“, die nicht als „westlich“ wahrgenommen werden, deswegen auch nicht als lesbisch/bisexuell decodiert werden können. 470 von 792 Personen (59,3%) geben zudem an, dass sie beschimpft und beleidigt wurden und immerhin 134 Personen von 701 Personen (19,1%) geben an, Erfahrungen mit körperlichen Angriffen und Gewaltanwendungen gemacht zu haben.

d) Trans* und strukturelle Diskriminierung

Etwa 228 Personen haben den Fragebereich C ausgefüllt, der sich explizit an Trans*Menschen richtete. 124 von 197 Personen (63%) geben an, dass es sie sehr belastet, dass ihr Trans*Sein als „psychische Störung“ gilt und 70 von 133 Befragten (52,6%) geben an, dass das amtliche Verfahren zur Geschlechtsangleichung sie so sehr beansprucht, dass ihr Lebensalltag darunter leidet. Mit über 30% scheint die Öffentlichkeit der Ort zu sein, an dem die meisten Diskriminierungserfahrungen gemacht werden. 74 von 212 Personen geben hier an, nicht anerkannt oder aktiv diskriminiert worden zu sein. Auch die Diskriminierungserfahrungen in Ämtern und Behörden sind in der Tendenz höher als in der Gesamtpopulation. 56 von 212 Personen (25,7%) geben an, hier abgelehnt oder aktiv diskriminiert worden zu sein. Und auch Diskriminierungen an lesbisch/bisexuellen Orten sind nicht selten. So geben 145 von 196 Personen (74%) an, dass sie mindestens einmal erfahren haben, dass ihr Trans*Sein in lesbisch/bisexuellen Zusammenhängen nicht ernst genommen wurde. Und 71 von 165 Personen (43%) geben an, dass ihnen der Zutritt zu Orten für lesbische/bisexuelle Frauen mindestens einmal erschwert oder gar verweigert wurde.

Obschon 72 von 226 Personen (31,9%) angeben mindestens einmal körperlich angegriffen worden zu sein, wird deutlich, dass sich die große Mehrheit von Trans* Menschen insbesondere mit Erfahrungen von Verachtung, Beschämung und verbalen Grenzüberschreitungen konfrontiert sieht. So geben 182 von 224 Personen (81,3%) an, verachtendes und demütigendes Verhalten erfahren zu haben. Und 160 von 212 (75,5%) geben an, dass ihnen schon mindestens einmal, unverschämte, sexualisierte Fragen zu ihrem Körper gestellt wurden, während 130 von 211 Personen (71%) angeben mit zudringlichen Fragen zu ihrem Trans* Sein belästigt worden zu sein. 150 von 213 Personen (70,4%) wurden mindestens einmal beleidigt und beschimpft (94 davon mehrmals und 29 regelmäßig).

e) Unterstützung und Beratung

Der Fragebogen hat direkt nach den diversen Unterstützungen gefragt, die im Falle einer Diskriminierung aufgrund einer lesbisch/bisexuellen Lebensweise in Anspruch genommen werden. Hier geben 83,5% aller Teilnehmenden an, dass sie mit Familie, Partner_innen oder Freund_innen gesprochen haben. 67,6% haben sich direkt gewehrt. 44,9% haben sich an die Community/Szene oder soziale Netzwerke gewandt und 42,5% haben sich engagiert (politische Aktionen etc.) Zur Option „andere Unterstützungsmöglichkeiten“ haben sich 108 Befragte geäußert. Speziell genannt wurden dabei u. a: „Selbstverteidigungskurse“ oder „Ratgeber/Bücher lesen“. Nur 18,1% geben an, eine psychosoziale Einrichtung aufgesucht zu haben – allerdings haben 33,3% Unterstützung in Selbsthilfegruppen u. ä. gesucht, die oft von den Beratungsstellen initiiert werden. Besonders gering ist die Anzahl der Personen, die eine Antidiskriminierungs-/Antigewaltstelle aufsuchten – nämlich nur 2,4%. Bei Diskriminierungserfahrungen scheinen spezifischere Angebote eher nachgefragt zu sein. So haben 50% der Trans* Menschen Trans*beratungsstellen konsultiert. Interessant ist auch, dass nur selten rechtliche Schritte eingeleitet werden und diese dann zumeist als nicht besonders hilfreich bewertet wird. Eine These hier ist, dass dem juristischen System nicht getraut wird oder die rechtlichen Möglichkeiten nicht genügend bekannt sind.

Wird nach Beratungsstellen bei Gewalterfahrungen gefragt, zeigt sich allerdings, dass die meisten Befragten psychosoziale Beratungsstellen in Anspruch nehmen.

Und weiter?

Die qualitative Studie wird noch ausgewertet und verspricht insbesondere genauere Aufschlüsse zum Themenbereich Mehrfachdiskriminierung zu geben. Durch eine Triangulation der eingesetzten Verfahren, wird es möglich sein, genauere Aussagen zu Diskriminierungserfahrungen (insbesondere bei Mehrfachzugehörigkeiten) zu machen und auch Empfehlungen an die Politik im Allgemeinen und die involvierten Beratungsstellen zu formulieren.

Interessant ist auch, dass insgesamt 444 Teilnehmer_innen (20,7%) den Fragebogen – zum Teil sehr detailliert - kommentiert haben. Auf 128 Papierfragebögen (19,4%) finden sich zudem zum Teil ausführliche Randbemerkungen zu einzelnen Items. Diese Bemerkungen und Anmerkungen werden zurzeit qualitativ ausgewertet. Die Studie kann als ein Impuls für weitergehende Diskussionen zu einem nach wie vor tabuisierten Themenfeld gelesen werden.